

Steuert die Welt auf den Dritten Weltkrieg zu?

LIPS, Luzern 24. April 2006

Botschafter Raimund Kunz

Ihr Thema „Steuert die Welt auf den Dritten Weltkrieg zu?“ lässt aufhorchen. Es ist in verschiedener Hinsicht überraschend.

Zuerst einmal, dass man es so stellt, bei uns in der Schweiz, die im Zentrum eines wirtschaftlich, politisch und immer mehr auch militärisch integrierten Europa liegt und die – was die militärische Bedrohung betrifft – kaum je so sicher war in ihrer Geschichte wie in der Gegenwart. Liegt da nicht ein gewaltiger Widerspruch vor? Oder ist die Fragestellung Ausdruck einer tiefen Unsicherheit, von Zukunftspessimismus, Ausdruck des Gefühls, dass es bei uns nicht mehr so richtig weiter geht?

Risiken gibt es ohne Zweifel: Verglichen mit der zweiten Hälfte der 90er Jahre (nach dem Krieg in Ex-Jugoslawien, vor dem 11.9.) ist die Bereitschaft der Grossstaaten, militärische Gewalt einzusetzen (USA) oder solche anzudrohen (China) angestiegen, ebenso der Wille, zunächst aufgegebene Einflussbereiche wieder aufzubauen (Russische Föderation). Dazu kommen Erhöhungen der Verteidigungsausgaben, die durch die Entwicklung von Rohstoffpreisen (Russische Föderation), generelles Wirtschaftswachstum (China), nationale Ambitionen (Japan) oder auch nur die Bereitschaft zum Ignorieren von Haushaltsdefiziten (USA) ermöglicht oder gefördert werden. Schliesslich haben einzelne Staaten (Nordkorea, Iran) mit Nuklearprogrammen gezeigt, dass sie bereit sind, sich bis zum Rand des Abgrundes zu bewegen, und darauf zu bauen, dass die Zurückhaltung der anderen Staaten eine Katastrophe verhindert. Schliesslich der Terrorismus – das zentrale sicherheitspolitische Thema unserer Zeit – der Nahost-Konflikt, die Lage um Kaschmir oder die Kriege in Afrika.

Doch berechtigen diese Risiken, vom dritten Weltkrieg zu sprechen? Ich denke nicht, und dies aus verschiedenen Gründen.

Krieg zwischen Staaten?

Wenn man vom dritten Weltkrieg spricht, knüpft man unweigerlich an die Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts, an den Ersten und den Zweiten Weltkrieg, und diese gehören einer bestimmten Kategorie von Krieg an, nämlich Kriegen zwischen Staaten, zwischen Nationalstaaten mit nationaler Industrie, Schwerindustrie, nationaler Wirtschaft, nationalen Verkehrs- und Eisenbahnnetzen, die darauf erpicht waren, jederzeit das Gesetz des Handelns innezuhaben, die vom ihnen zustehenden *ius ad bellum* leicht Gebrauch machten, um einen Konflikt zwischen ihnen mit Krieg statt mit Diplomatie zu entscheiden. Dieses Kriegsparadigma, Krieg zwischen industrialisierten Staaten, hat sich mit dem Zweiten Weltkrieg *ad absurdum* geführt, es gibt es kaum mehr, wegen der technologischen Entwicklungen, namentlich auch der Atombombe, wegen der globalen Verflechtung und Vernetzung der Industrie und der Wirtschaft, vor allem aber weil die Kosten solcher Kriege nicht mehr tragbar oder vorstellbar wären, es müssten alle verlieren. Kurz: die Rationalität dieses Kriegsparadigmas hat sich überholt.

So bleiben denn die Kriege und Konflikte in Afrika, im Nahen Osten in Zentralasien, Konflikte, die in Randgebieten ehemaliger Grossreiche oder in ehemaligen Kolonialreichen ausgetragen werden, in Regionen oder Staaten, die fragil oder zerfallen sind, oder – aus anderer Perspektive – Regionen, in denen der Aufbau einer robusten Staatenwelt wie in Europa gescheitert ist. Im Unterschied zu den erwähnten zwischenstaatlichen Kriegen könnte man sie Staatsbildungs- oder Staatszerfallskriege nennen, sie unterscheiden sich von den ersteren namentlich darin, dass sie asymmetrisch geführt werden.

Die Kernfrage hier ist, ob diese Konflikte Eskalationspotential haben, ob sie als einzelne Entwicklungen angesehen werden können, die zwar problematisch sind, aber bewältigt werden können, oder ob ein erhebliches Risiko besteht, dass eine Kumulation dieser Entwicklungen, verbunden mit unüberlegten Aktionen, zu einem Dritten Weltkrieg führt?

Es bestehen einige internationale politische Konflikte, die – bei impulsivem und unvorsichtigem Verhalten der Beteiligten – ein grosses Eskalationspotenzial haben. Hypothetische Entwicklungen wären:

Nordkorea: Provokation Japans mit Raketentests, Zwischenfälle auf See, Ultimatum der USA, Nuklearwaffen zu eliminieren und Nuklearprogramm einzustellen, isolierter Nuklearschlag Nordkoreas auf japanisches Randgebiet, Vorbereitung der USA für ein militärisches Vorgehen, Missverständnis auf Seiten Chinas.

Taiwan: Unabhängigkeitserklärung Taiwans, Versuch der Volksrepublik China, das Problem militärisch zu lösen, militärischer Beistand der USA, Japans und Südkoreas für Taiwan.

Iran: Militärschlag der USA gegen iranische Nuklearanlagen, iranische Gegenschläge auf Israel ...

Im Gegensatz dazu scheinen folgende Konflikte aus unterschiedlichen Gründen kein solches Eskalationspotenzial zu haben:

Der Nahostkonflikt (Israel–Palästina): Es ist anzunehmen, dass Anschläge von palästinensischer und anderer, libanesischer Seite auf die israelische Zivilbevölkerung weitergehen und Israel mit massiven Militärschlägen antwortet. Die Staatenwelt dürfte sich so verhalten, dass Gewaltanwendungen nicht eskalieren bzw. entschärft werden.

Der Konflikt **Indien–Pakistan:** Pakistan und vor allem Indien haben eine gewisse Verantwortung im Umgang mit Nuklearwaffen entwickelt. Man könnte sogar argumentieren, dass der Besitz von Nuklearwaffen auf beiden Seiten sich in grösserer Zurückhaltung und Vorsicht ausdrückt. Stabilisierend wirkt zwischen Indien und Pakistan vor allem der Umstand, dass die moderatere Partei die Stärkere ist.

Konflikte in **Afrika:** Die militärischen Konflikte in Afrika haben zwar verschiedentlich indirekte Auswirkungen, haben aber nur Potenzial für regionale, nicht für globale Eskalation, weil wenig vitale Interessen von Aussenstehenden bestehen.

Der Krieg in **Tschetschenien**: Es gibt verschiedene Elemente, die einer internationalen Eskalation entgegen wirken: das Bemühen Russlands, die Beziehungen mit der islamischen Welt zu pflegen, das Interesse der USA an einer konstruktiven Haltung Russlands im Kampf gegen den Terrorismus, das Interesse Russlands und Europas an gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen sowie die Selbst-Delegitimierung der tschetschenischen Sezessionisten durch Geiselnahmen und die Aufnahme islamistischer Radikaler.

Generell besteht heute nicht die Situation, dass die Staatengemeinschaft, ausgehend von einem lokalen oder regionalen Konflikt oder gar Krieg, quasi via Domino-Effekt sich in zwei zu militärischer Konfliktaustragung bereite Lager spalten könnte. Dies ist ein fundamentaler Unterschied zum Kalten Krieg, zur Zwischenkriegszeit und zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Die grösseren Mächte haben aus unterschiedlichen Gründen ein Interesse am Frieden (oder zumindest daran, dass die militärischen Konflikte, in denen sie involviert sind oder werden könnten, sich nicht ausweiten):

Die USA sind durch die Erfahrungen im Irak (und teilweise in Afghanistan) wohl ernüchtert, zumindest in Bezug auf die Einschätzung dessen, was mit militärischen Mitteln erreichbar ist.

Bei der Russischen Föderation dürfte die gleiche Erkenntnis bestehen, aus der historischen Erinnerung an den Afghanistan-Krieg und dem laufenden Einsatz des Militärs in Tschetschenien.

China und Indien sind primär mit ihrer wirtschaftlichen Expansion beschäftigt und sind mit dem politischen und territorialen Status quo im Wesentlichen zufrieden. Risiken bestehen allerdings darin, dass Taiwan in Bezug auf China und Pakistan in Bezug auf Indien den Status quo zu ändern versuchen könnten.

Terrorismus – ist der Dritte Weltkrieg bereits im Gange?

Wenn man einen Weltkrieg primär geographisch definieren möchte – nämlich dahingehend, dass politisch motivierte und ansatzweise organisierte Gewalt auf der ganzen Welt angewandt wird oder eine bedeutende Wahrscheinlichkeit solcher Anwendung besteht –, dann könnte man die wiederkehrenden Terroranschläge und die anhaltende Bedrohung durch den Terrorismus als bereits in Gang befindlichen Weltkrieg bezeichnen.

Eine solche Etikettierung sollte aber unbedingt vermieden werden, weil sie

- der Pauschalisierung Vorschub leistet,
- Hysterie fördern würde
- und schliesslich auch der Legitimierung des Terrorismus Vorschub leisten würde: Krieg wird traditionellerweise gegen einen Widersacher geführt, der a priori als legitim angesehen wurde. Terrorismus ist politisch motiviertes kriminelles Vorgehen, und man sollte die Terroristen als Verbrecher ausgrenzen, nicht als Gegner in einem Krieg akzeptieren.

Jenseits der Frage der politischen Opportunität der Etikettierung des Terrorismus ist anzumerken, dass das Risiko gering ist, dass der Terrorismus die Staatengemeinschaft in einer kriegerischen Weise entzweien könnte. Nicht alle Staaten gehen gleich entschieden gegen den Terrorismus vor, und nicht alle Staaten betrachten alle terroristischen Gruppen mit der gleichen Antipathie, aber den staatlich unterstützten Terrorismus gibt es derzeit weniger als z.B. in den 70er Jahren. Die Tendenz ist derzeit nicht, den Terrorismus materiell oder rhetorisch zu unterstützen, sondern im Gegenteil politisch missliebige Gruppierungen mit der Bezeichnung Terroristen zu diskreditieren.

Zusammengefasst: Terrorismus ist eine Plage, die lange andauern wird (wegen der ständigen Verfügbarkeit politischer Motivationen, der Verwundbarkeit moderner Gesellschaften und der medialen Aufmerksamkeit). Sie kann sich akzentuieren und noch viel gefährlicher werden durch Zugang zu Massenvernichtungswaffen, aber es ist nicht wahrscheinlich, dass sie sich mit zwischenstaatlichen Konflikten vermengt.

Aufrüstung, Erhöhung der Verteidigungsausgaben

Verschiedene Staaten rüsten auf, und das drückt sich in einem Anstieg der Verteidigungsausgaben und in der Einführung leistungsfähigerer und modernerer Waffensysteme aus. Verglichen mit den siebziger und achtziger Jahren ist aber die Lage in dieser Hinsicht nicht besonders besorgniserregend.

China modernisiert seine Armee und steigert sein Rüstungsbudget von einem im internationalen Vergleich sehr tiefen Niveau aus (etwa 10% des US-Verteidigungsbudgets). China hat zwar in Bezug auf die von Peking definierte territoriale Integrität eine aus europäischer Sicht fast neurotisch anmutende Besessenheit, dies reflektiert aber das historische Trauma, dass China vor etwa 100 Jahren den damaligen Kolonialmächten praktisch alle von diesen verlangten Konzessionen einräumen musste. Zum anderen ist zu beachten, dass China ein hohes Wirtschaftswachstum und bislang rückständige Streitkräfte hat – das erste ermöglicht eine Aufrüstung, das zweite begründet es.

Die Russische Föderation teilt zwar den Streitkräften mehr Ressourcen als noch vor einigen Jahren zu, aber es handelt sich um weit weniger als zur Zeit der Sowjetunion. Es ist nicht mehr möglich, Russland zum Zustand der Sowjetunion zurückzuführen, als rund 30% der wirtschaftlichen Aktivität den Sicherheitskräften dienen. Russlands Wiederaufrüstung – soweit dieser Ausdruck überhaupt anwendbar ist – widerspiegelt den Wunsch, imperiale aussenpolitische Attitüden (vor allem gegenüber ehemaligen Sowjetrepubliken) militärisch zu unterstreichen, und erweiterten finanziellen Spielraum infolge der hohen Ölpreise.

Die USA geben zwar mehr denn je für ihre Streitkräfte aus und steuern auch militärtechnologisch Fähigkeiten an, die für andere Staaten noch und wohl für einige Zeit illusorisch sind. Ihre Bereitschaft zu offensivem präemptiven oder präventiven Einsatz der Streitkräfte ist aber durch die Erfahrung im Irak gedämpft worden. Wenn die stärkste Armee der Welt mit einem grösseren Budget als die aller anderen Armeen zusammengenommen, nicht in der Lage ist, ein Land von 27 Mio Einwohnern unter Kontrolle zu kriegen, so ist das dazu angetan, die Wirksamkeit der Anwendung militärischer Gewalt eher nüchtern zu beurteilen.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben in europäischen NATO-Mitgliedstaaten ist vor allem auf das Bemühen zurückzuführen, die NATO-Vorgabe von 2% des BSP zu erreichen. Dies ist vor allem eine politische Geste: den USA soll gezeigt werden, dass man bereit ist, einen angemessenen Teil der Last zu tragen.

**Von den Gefahren der Rhetorik:
die Verantwortung der Politik**

Von einem Dritten Weltkrieg zu sprechen, ist keine folgenlose analytische Aktivität: Über das Subjekt zu reden, kann Auswirkungen auf das Subjekt selbst haben oder einfacher gesagt, man kann Dinge auch herbeireden. Die Geschichte hat mindestens einmal – nämlich beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 – gezeigt, dass auch rein defensiv gemeinte Kriegsvorbereitungen entgegen dem Willen aller Beteiligten zu einem Krieg führen oder zumindest beitragen können.

Die politische Führung aller Staaten steht in der Verantwortung, mässigend zu handeln, nicht nur die Risiken selber möglichst zu kontrollieren, sondern auch auf die Öffentlichkeit mässigend und beruhigend einzuwirken. Insbesondere ist der Versuchung zu widerstehen, aus taktischen Überlegungen Töne anzuschlagen, die strategisch gefährlich werden können. Ruhe ist nicht nur erste Bürgerpflicht, sondern noch mehr jene der Politiker.